

## BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

Himmelpfortgasse 4 - 8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telefon 51 433 / DW

GZ. 31 1014/3-II/7/90 (25)

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beihilfenverlängerungsgesetz geändert wird (Verlängerung der §§ 39a und 39b AMFG)

Z.Zl. 34.401/3-2/90 vom

28. September 1990, eingetroffen

29. Oktober 1990.

1826

Sachbearbeiter:

Mag. Gauss

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	3 - GE 9 Pe
Datum:	20. NOV. 1990
	23. Nov. 1990
Verteilt	

**Sofort**An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Parlament  
1010 W i e n

Im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates betr. die Begutachtung des an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwurfes beehrt sich das BMF, in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom BMAS erstellten und mit Note vom 29. September 1990, Zl. 34.401/3-2/90, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beihilfenverlängerungsgesetz geändert wird, in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

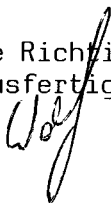
Anlagen

25 Kopien

13. November 1990

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:


**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**

GZ. 31 1014/3-II/7/90

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beihilfenverlängerungsgesetz geändert wird (Verlängerung der §§ 39a und 39b AMFG)  
Z.Zl. 34.401/3-2/90 vom  
28. September 1990, eingetroffen  
29. Oktober 1990.

Himmelpfortgasse 4 - 8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telefon 51 433 / DW  
1826

Sachbearbeiter:  
Mag. Gauss

An das

Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 W i e n

Zu dem mit Note des BMAS vom 28. September 1990, do. Zl. 34.401/3-2/90, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beihilfenverlängerungsgesetz geändert wird, beehrt sich das BMF mitzuteilen, daß es dagegen keinen Einwand erhebt.

25 Ausfertigungen der Stellungnahme wurden unmittelbar dem Präsidenten des Nationalrates zugeleitet.

13. November 1990

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

